

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

18. März 2014

Ausgabe 05/2014



Heinz Kiefer erhält Bundesverdienstkreuz

Am 12.03.2014 ehrte der Bayerische Staatsminister des Inneren für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann, Heinz Kiefer im Rahmen einer Feierstunde und händigte ihm schließlich das Bundesverdienstkreuz im Namen des Bundespräsidenten aus. Im Anschluss wurde dieses herausragende Ereignis noch mit einigen „alten Weggefährten“ gebührend gefeiert.

Heinz Kiefer war von 1967 bis 2009 im aktiven Polizeidienst und bewährte sich in hervorragender Weise auf verschiedensten Ebenen der Polizeiarbeit. 1981 war er als Hundertschaftsführer des USK Nürnberg maßgeblich an der Ausarbeitung des Konzepts für diese Einheiten beteiligt, die später in allen Bundesländern aufgestellt wurden. Von 1988 bis 2009 war er auch Bezirkspersonalrat beim Präsidium der Bereitschaftspolizei, ab 1994 sogar im Hauptpersonalrat beim Bayerischen Innenministerium.



V. l.: GdP-Ehrenvorsitzender Harald Schneider, Heinz Kiefer, Staatsminister Herrmann, Landesvorsitzender Helmut Bahr

Weiteres Ehrenamt:

- 1991-1997 Beamtenbeisitzer der Disziplinargerichtsbarkeit

Wir gratulieren Heinz Kiefer von ganzem Herzen zu dieser Auszeichnung und möchten uns für sein großartiges Engagement bedanken!



Heinz Kiefer mit Staatsminister Herrmann

Besonders herauszuheben ist aber sein ehrenamtliches und insbesondere gewerkschaftliches Engagement.

Die wesentlichen Ämter kurz in Stichpunkten:

- 1984-2002 Vorsitzender der BG Bereitschaftspolizei
- 1989-2010 Stv. Vorsitzender Landesbezirk Bayern
- 1986-1994 Vorsitzender des Fachausschusses Bepo
- 1994-1998 Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstands
- 1998-2010 Stv. Bundesvorsitzender
- 2001-2002 Vizepräsident der UISP (Union Internationale de Syndicat de la Police)
- 2003-2011 Präsident von EuroCop (European Confederation of Police)



Bei einer Feierstunde mit "alten Weggefährten" hält Heinz Kiefer einen Rückblick auf seine aktiven Jahre

Besuch beim PP Oberbayern Süd

In der Reihe der Besuche bei den Polizeipräsidien besuchten LV Helmut Bahr und sein Stellvertreter Peter Schall wieder einmal das PP OBS in Rosenheim. Zusammen mit BG-Vorsitzendem Michael ERTL fand ein sehr offenes Gespräch mit PVP Mautho-



V.l.: stv. LV Peter Schall, PVP Peter Mauthofer, LV Helmut Bahr, BG-Vorsitzender Michael Ertl

fer und dem Leiter PV, Herrn Dr. Rotter, statt, wobei ein weites Spektrum an Themen abgearbeitet wurde. Ganz aktuell natürlich die Planungen für den G8-Gipfel in 2015, weshalb ja bereits PP Heimberger als Leiter des Planungsstabes meistens am Dienst-sitz München arbeiten muss. Das bevorstehende Interessebe-kundungsverfahren wird wohl erhebliche Personallücken, gerade auch bei den leistungsbesten Beamten der 3. QE auf den Dienststellen hinterlassen. Hier ist aber dafür Sorge zu tragen, dass die Alltagsarbeit noch bewältigt werden kann. Die GdP wird zudem beim Ministerium vorsprechen, damit die Kollegen/-innen, die in der Planungsphase lange Zeit auch über das normale Maß hinaus sich engagieren zumindest keine finanziellen Nachteile haben. Hier ist genau zu prüfen, ob die Regelung Dienst-reise nicht für den Einzelnen mehr Vorteile bringt als die jetzt

angedachte Abordnung zum Planungsstab. Ein weiteres großes Thema ist die neue Abschiebehaftanstalt in Mühldorf. Hier darf es nicht geschehen, dass die gesamten damit verbundenen Aufgaben von der Justiz auf die Polizei abgewälzt werden. Die Vor-führungen und Einzeltransporte sind ohnehin eine große Belastung für OBS, der komplette Betrieb der Anstalt muss jedoch in Händen der Justiz bleiben. Die allgemeine personelle Situation bei den Dienststellen, gerade auch im Schichtdienst angesichts der alternden Belegschaften, anstehende Baumaßnahmen und



Die Kollegen der GdP mit dem Leiter der PI Rosenheim PD Dr. Walter Buggisch und in Zivil der Leiter der OED Rosenheim EPHK Bernhard Schmidt

mögliche Optimierungen bei den Kleindienststellen waren weitere Diskussionspunkte. Die GdP wird manche dieser Punkte mit dem Innenminister persönlich besprechen, um Unterstützung zu leisten. Zum Abschluss besuchte die GdP-Spitze auch die PI Rosenheim und kam mit dem PI-Leiter, Herrn Dr. Buggisch sowie dem Leiter des OED Bernhard Schmidt, ins Gespräch. Auch hier waren die Belastungen durch den G8, aber auch die allgemeine Arbeitsbelastung der Inspektion die Hauptthemen. (PSch)

GdP zur Kriminalstatistik 2013: Licht und Schatten

Erfreulich ist die Bilanz des Innenministers zur Kriminalitätslage in 2013 trotz eines leichten Anstiegs der Straftaten (plus 1,3 %) mit einer jetzt auf 64,1 % gestiegene Aufklärungsquote (2012: 63,2 %). Die Bayer. Polizei hat insgesamt gute Arbeit geleistet, auch, weil es laut Innenministerium in Bayern so viel Polizeibeamte gibt wie noch nie. Das ist sicherlich richtig, aber auch die Bevölkerung ist so hoch gestiegen, wie noch nie. Und unabhängig von Zahlenspielen sind doch einige Kriminalitätsfelder mit Sorge zu betrachten. Mord und Totschlag haben erheblich zugenommen (14,6 % bzw. sogar 29,9 %), für die Gewerkschaft der Polizei ist auch die weitere Zunahme der ohnehin hohen Gewaltbereitschaft gegenüber den eingesetzten Polizeibeamten/-innen um erneut 1,1 %



auf nun 6.811 Fälle besorgniserregend. Für die Bevölkerung sind auch die immens ansteigenden Wohnungseinbrüche – oft verübt von Banden aus dem ost- und süd-osteuropäischen Raum dramatisch. In 6.385 Fällen – und damit einer Zunahme von 11,8 % im Vergleich zu 2012 - wurde ins private Heim eingebrochen und der intime Wohnbereich verletzt. Oft ist der seelische Schaden bei diesen Delikten größer als der finanzielle Verlust. Hier muss die Polizei durch weiteres Personal Schwerpunkte setzen können, aber auch die Mindestspeicherdauer von Handyverbindungsdaten muss endlich auf den Weg gebracht werden. Letztlich braucht

aber die Polizei auch das Verständnis des Bürgers bei Kontrollmaßnahmen zur Bekämpfung dieser schwerwiegenden Delikte.

GdP im Gespräch mit dem Fraktionsvorstand der SPD

Am 11.03.2014 besuchten der GdP – Landesvorsitzende, Helmut Bahr, sein Vertreter, Gerhard Knorr, der BG – Vorsitzende der BePo, Clemens Murr und der BG – Vorsitzende aus München, Michael Bogatzki die Landtagsfraktion der SPD im Maximilianeum.

An diesem Austausch nahmen unter der Leitung des SPD – Fraktionsvorsitzenden, Markus Rinderspacher auch der sicherheitspolitische Sprecher, Prof. Peter Paul Gantzer, Frau Helga Schmitt – Bussinger und anderen auch unser Ehrenlandesvorsitzender und ehemaliges Mitglied des Bayerischen Landtages, Harald Schneider teil. In entspannter Atmosphäre wurden die derzeit relevanten Themen angesprochen und natürlich auch um Unterstützung im Bayerischen Landtag gebeten.

Besondere Schwerpunkte waren u.a. die Fuhrparkausstattung, der Digitalfunk, Bauunterhalt, die neue Dienstuniform, die Erhöhung des DUZ, Vorleistung des Staates bei Schmerzensgeldforderungen, Gewalt gegen Polizei (eigener Paragraph § 115

StGB) sowie die Erhöhung der „Mobilen Reserve“.

Auch die spezielle Ballungsraumproblematik in München wurde durch den BG – Vorsitzenden, Michael Bogatzki, angesprochen, wie z. B. die Polizeiuunterkünfte sowohl in der Freiligrathstraße

als auch in der Skagerrakstraße, verbunden mit der Forderung nach bezahlbarem Wohnraum. Auch die besondere Situation auf vielen Dienststellen in München nach Wegfall der Schichtzulagen und die damit verbundene Anerkennung im Hinblick auf die 20 Jahre Schichtdienst wurden thematisiert.

Die Probleme der Polizei wurden interessiert aufgenommen und sollen natürlich auch die entsprechende Unterstützung durch die SPD erfahren.

Polizeiliche Forderungen können nur mit Hilfe der Politik umgesetzt werden. Wir werden deshalb den Dialog mit allen Parteien aufrechterhalten und uns für die Belange aller Kolleginnen und Kollegen einsetzen.

Von Michael Bogatzki



V.l.: Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayr, LV Helmut Bahr, Michael Bogatzki, Fraktionschef Markus Rinderspacher, Harald Schneider, Helga Schmitt-Bussinger, Clemens Murr, Gerhard Knorr

Symposium der Deutschen Polizeiseelsorge zum Thema Gewalt



Im März fand in Berlin ein Symposium der Deutschen Polizeiseelsorge zum Thema Gewalt statt. Stv. LV Peter Schall nahm auf Einladung der Bayer. Polizeiseelsorge an dieser Veranstaltung als einziger bayer. Gewerkschafter teil. Aus ganz Deutschland waren Polizeipfarrer und hochrangige Polizeibeamte gekommen, um sich mit dem wichtigen Thema Gewaltausübung gegen die Polizei, aber eben auch in staatlichem Auftrag durch die Polizei zu beschäftigen. Nach

der Begrüßung folgte als erstes Impuls-Referat der Vortrag des Würzburger Staatsrechtlers Prof. Dr. Horst Dreier, der unter dem Titel „Gewalt-ein notwendiges Übel?“ den Bogen zum Grundgesetz schlug. Art. 20 Abs. 2 GG besagt, dass alle staatliche Gewalt vom Volke ausgeht –und durch die vollziehende Gewalt ausgeübt wird, wobei die Grundrechte zu beachten sind (Art. 1 Abs. 3 GG). Staatliche Gewalt ist nicht nur der unmittelbare Zwang, sondern letztlich ist jede staatliche Anordnung ggf. zwangsweise durchzusetzen, um das Gemeinwesen zu erhalten. Immanuel Kant stellte bereits fest: Recht ist die Befugnis zum Zwang, aber Recht ist auch die Garantie zur Freiheit. Denn ohne Möglichkeit

zur Zwanganwendung gibt es keine Rechtsordnung – die Alternative wäre das Recht des Stärkeren. Staatlich (also vom Volk) legitimierte Gewalt ist daher für eine freiheitliche Gesellschaft existenziell – die Alternative wäre die Anarchie.

Im nächsten Vortrag ging es um das Wächteramt der Kirche, das laut Dr. h.c. Schneider zum Wohle der Allgemeinheit bei der Gewaltausübung unter Bezugnahme auf die zehn Gebote auszuüben ist. Der Staat muss an Recht und Ordnung gebunden sein, auch wenn dazu zur Durchsetzung staatliche Gewalt benötigt wird, um das Ziel des Erhalts von Frieden und Freiheit für alle zu gewährleisten. Ein GdP-Kollege wies hier in der Frageunde darauf hin, dass das Wächteramt der Polizeiseelsorge auch dahingehend auszuüben sei, dass eben Gewalt gegen Polizeibeamte auch durch die Kirche öffentlich zu ächten und zu verurteilen ist.

Nach diesen beiden Grundsatzreferaten ging es beim Vortrag des evangelischen Polizeipfarrers aus Hamburg, Herrn Frank Rutkowski, eher um die praktische polizeiseelsorgerische Tätigkeit. In seinem Bericht unter der Überschrift „Gewissensnot – Unfall oder Glücksfall“ berichtete er von den Gewissenskonflikten, denen Polizeibeamte/-innen bei ihrem Einsatz im Auftrag der Gesellschaft zur Durchsetzung staatlicher Ziele oft unterliegen. Sei es nun das Demonstrationsgeschehen (Rechts-/Links, Antiatomkraft, gegen Flughafenausbau, etc.), die zwangsweise Durchsetzung der Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern oder eben als extremstes Beispiel der polizeiliche Schusswaffengebrauch. So berichtete er eindrucksvoll von einem SEK-



Symposium der Deutschen Polizeiseelsorge zum Thema Gewalt

Beamten, der beim Zielen auf den Kopf des Straftäters unmittelbar vor der Schussabgabe überlegte, ob er denn persönlich als Christ hier überhaupt töten dürfe, letztlich aber seinen Befehl zur Neutralisierung des Geiselnahmens ausführte. Gerade beim Tod eines Menschen durch polizeilichen Schusswaffengebrauch ist eine Nachbereitung für den Schützen oft absolut notwendig, auch wenn der Schuss nachweislich moralisch und rechtlich entschuldigt ist. Auch das Thema Gewaltexzesse sparte er nicht aus. Hier entsteht ein moralisches Problem und die christlichen Fragen von Schuld und Vergebung tauchen auf. Der Gewaltbegriff ist nicht nur im Sinne von körperlichem Einwirken zu sehen, sondern es geht auch um verbale und psychische Gewalt, die ebenfalls sehr oft Spuren in der menschlichen Seele hinterlassen.

In der anschließenden Podiumsdiskussion brachte es der bayerische Kollege mit einem drastischen Beispiel auf den Punkt: Unsere Gesellschaft lässt die Polizei als Opfer von Gewalt oft alleine – würde z. B. eine Muslima öffentlich in Deutschland gesteinigt, würde zu Recht geradezu ein Aufschrei durch die Gesellschaft erfolgen. Wenn aber Polizeibeamte wie jüngst in Hamburg geschehen, quasi öffentlich gesteinigt werden, ist dies gerade

einmal eine Zeitungsmeldung wert und dann geht es zur Alltagsordnung über. Schließlich wird solche massive Gewalt von vielen Menschen nur als Berufsrisiko des Polizisten gesehen. Der bzw. die Polizeibeamte/-in wird hier mit dem erlebten gesellschaftlichen Gewaltexzess alleine gelassen. Hier sei es Aufgabe des kirchlichen Wächteramts, solche Gewaltanwendung intensiv öffentlich zu kritisieren.

Die Polizeiseelsorge, die sich selbst als in „kritischer Solidarität der Polizei verbunden“ bezeichnet, hat hier eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Natürlich liegt der Schwerpunkt auf der seelsorgerischen Betreuung der Kollegen/-innen sowie während der Ausbildung bei der Vermittlung von Ethik, die staatlicherseits durch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und das Beachten der Menschenwürde gesetzlich festgeschrieben ist. Aber eben auch die ethische Wirkung in die Gesellschaft hinein muss durch die Kirche wahrgenommen werden. Dazu sind solche Veranstaltungen ein Mittel; eine entsprechende Medienarbeit und Begleitung aktueller Diskussionen zum Thema „Gewalt“, sowohl beim Umgang der Gesellschaft damit als auch innerhalb der Polizei, ist absolut notwendig und durchaus noch zu verbessern.

Von Peter Schall

Bundesverwaltungsgericht erlässt Urteil zum Streikverbot für Beamte - Übertragung des Tarifergebnisses ohne Wenn und Aber

Im Urteil vom 27.02.2014 hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) das Streikverbot für Beamte bestätigt. In der Urteilsbegründung wird jedoch darauf hingewiesen, dass Bund und Länder die Beamten bei der Besoldung nicht von der allgemeinen Einkommensentwicklung abkoppeln dürften und daher eine inhaltsgleiche Übertragung der Tarifabschlüsse für die Beamten geboten sei. Das Bundesverwaltungsgericht stellte jedoch fest, dass das Streikverbot für Beamte außerhalb des hoheitlichen Verwaltungsbereichs - Polizeibeamte sind davon also nicht betroffen - gegen die Europäische Menschenrechtskonvention sowie deren Auslegung durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) verstößt. Der Gesetzgeber ist nun aufgefordert, diesen Widerspruch zu beseitigen.

Die Pressemitteilung im Wortlaut: <http://www.bverwg.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung.php?jahr=2014&nr=16>

TvÖD: Kein Angebot der Arbeitgeber - Warnstreiks sind unvermeidlich

„Einigungsfähig und einigungsbereit“, aber in den Positionen noch weit auseinanderliegend gingen am vergangenen Donnerstagabend die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB nach einem ersten Treffen auseinander.

Als im Volumen zu hoch und in der Struktur falsch bezeichnete Bundesinnenminister Thomas de Maizière die Forderung der Gewerkschaften. Er zeigte sich überzeugt, dass es eine Einkommenserhöhung am Ende der Runde geben werde, jedoch „weit unter den Vorstellungen der Gewerkschaften“. Der Nachholbedarf im öffentlichen Dienst sei abgedeckt, so dass nur ein „verteilungsneutraler Spielraum“ zur Verfügung stünde. Eine 1:1-Übernahme des Tarifabschlusses auf den Beamtenbereich sei denkbar und wünschenswert, allerdings „maßgeblich von der Höhe des Abschlusses abhängig“. Dem widersprachen die Gewerkschaften heftig. Verhandlungsführer Frank Bsirske unterstrich die hohen Erwartungen der Beschäftigten an den Verhandlungen und machte deutlich, dass sie nicht nur zuwarten, sondern sich aktiv einbringen würden. Für die kommende Woche kündigte er Warnstreiks an.

Für einen „heißen Empfang“ der Arbeitgebervertreter hatten am Vormittag zahlreiche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter,

darunter viele Kolleginnen und Kollegen der GdP-Bezirke Bundespolizei und Bundeskriminalamt, zu Beginn der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Bund und Kommunen am Tagungsort in Potsdam gesorgt.

Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, der mit am Verhandlungstisch sitzt, sagte: „Wir haben den Arbeitgebern deutlich zu verstehen gegeben, dass die gute Arbeit, von engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch gut entlohnt werden muss. Deshalb erwarten die Beschäftigten in der Polizei deutliche Einkommenssteigerungen. Trotz des beiderseitigen Einigungswillens ist eine Annäherung noch nicht feststellbar. Konkrete Schritte zur Einigung sind jetzt erforderlich. Die Beschäftigten der Polizei werden ihren Beitrag dazu leisten, das Nachdenken auf Seiten der Arbeitgeber zu befördern.“ Die Forderungen, so Malchow weiter, seien gerechtfertigt und bei nicht weitem überzogen.

Kerstin Philipp, für Tarifpolitik zuständige stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende machte deutlich: „Die Polizei-Beschäftigten wissen sehr wohl, dass seit Jahren hohe Steuereinnahmen die Kassen klingeln lassen. Auch in den Städten und Gemeinden sorgt die gute Wirtschaftslage für solide Gewerbesteuererinnahmen.“

Dagmar Hölzl wieder zur Bundesfrauenvorsitzenden gewählt

Über 97 Prozent der Delegierten haben Dagmar Hölzl auf dem 6. Bundesfrauenkongress der Gewerkschaft der Polizei (GdP) am Montag, 17. März 2014 in Potsdam zur Vorsitzenden der GdP-Frauengruppe Bund wiedergewählt. Die 46-jährige ist Beauftragte für Chancengleichheit im Landeskriminalamt Baden-Württemberg.

Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Martina Filla, Nordrhein-Westfalen mit über 92 Prozent der Stimmen und Erika Krause-Schöne, Bundespolizei, mit allen Stimmen gewählt. Christiane Kern, Bayern, wurde Schriftführerin, Wilma Wäntig, Mecklenburg-Vorpommern, stellv. Schriftführerin.

Der 6. Bundesfrauenkongress in Potsdam dauert bis zum morgigen Dienstag. Über 100 weibliche Delegierte aus dem gesamten Bundesgebiet, die 40.000 in der GdP organisierte weibliche Polizeibeschäftigte repräsentieren, stellen in der brandenburgischen Hauptstadt die Weichen für vier weitere Jahre engagierter, gewerkschaftlicher Frauenpolitik in der Polizei.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat sich auf der Bundesfrauenkonferenz gegen ein Verbot der Prostitution und gegen eine generelle Bestrafung von Freiern ausgesprochen. Vor rund 150 Teilnehmern der 6. Bundesfrauenkonferenz der Gewerkschaft der Polizei (GdP) am Dienstag in Potsdam sagte Dagmar Hölzl, Vorsitzende der GdP-Frauengruppe (Bund): „Die Erfahrungen aus Schweden zeigen, dass Prostitution durch die Bestrafung der Freier nicht einfach verschwindet – sie verlagert sich nur in den Untergrund. Dies jedoch kann gerade für die im Sexgewerbe tätigen Frauen nicht die Lösung sein.“

Es würden, so Hölzl weiter, nicht nur die Freier kriminalisiert werden, auch die Prostituierten selbst würden der Gefahr einer Kriminalisierung ausgesetzt. Die in der GdP organisierten 40.000 weiblichen Polizeibeschäftigten sprechen sich dafür aus, das Prostitutionsgesetz im Sinne der Verbesserung der Lebenssituation von Prostituierten weiterzuentwickeln.

Hölzl: „Notwendig ist eine Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten mit klaren Vorgaben und Mindeststandards. Nur so kann geprüft werden, ob in diesen Betrieben geregelte Arbeitsbedingungen wie Sicherheit für die Prostituierten, Hygiene und bezahlbare Mieten, gewährleistet sind.“ Gleichzeitig plädieren die GdP-Frauen für eine Sozialversicherung für Prostituierte sowie regelmäßige Angebote für Gesundheitsuntersuchungen und Beratung außerhalb der Arbeitsstätten. Die Frauenvorsitzende der GdP: „Wir sind uns mit dem Deutschen Frauenrat einig, dass die Bundesregierung bei einer Neufassung des Gesetzes zwischen Prostitution und Menschenhandel differenzieren muss.“

In mehr als 40 Anträgen an den GdP-Bundeskongress beraten die weiblichen Delegierten aus allen Bundesländern, dem BKA und der Bundespolizei, derzeit in Potsdam darüber, wie die Lage der Frauen in der Polizei verbessert werden kann.



Das bayerische GdP-Vorstandsmitglied Christiane Kern (2.v.r.) wurde als Schriftführerin in den Geschäftsführenden Bundesfrauenvorstand gewählt

Wiesbadener Winfried Wahlig neuer GdP-Bundesseniorenvorsitzender

Winfried Wahlig ist neuer Bundesseniorenvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Der 67-jährige Hesse aus Wiesbaden wurde von den 111 bundesweit angereisten Delegierten der 7. GdP-Bundesseniorenkonferenz am Montag mit deutlicher Mehrheit in sein neues Amt gewählt. Wahlig übernimmt die Führung der mehrere zehntausend Mitglieder starken GdP-Seniorengruppe von seinem nordrhein-westfälischen Vorgänger, Anton Wiemers (66), der nach vierjähriger Amtszeit nicht mehr für das Spitzenamt kandidierte.

In seiner ersten Rede als Bundesseniorenvorsitzender dankte Wahlig, der bereits von Ende 2000 bis Mitte 2006 dem GdP-Bezirk Bundeskriminalamt (BKA) vorstand, den Delegierten, unter denen sich erstmals zehn Gewerkschafterinnen befanden. Wahlig kündigte an, den Seniorinnen und Senioren nicht nur in der eigenen Organisation, sondern vor allem im Deutschen Gewerkschaftsbund eine noch stärkere Stimme zu verleihen. Es gehe, so der ehemalige BKA-Beamte, bei weitem nicht nur darum, den Ruhestand nach einer aufreibenden Polizistenlaufbahn zu bewerkstelligen, sondern wichtige Erfahrungen und Werte für die kommenden Polizeigenerationen in die gewerkschaftliche Arbeit einzubringen. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Aufgabenfülle wählten die Delegierten erstmalig einen fünfköpfigen Seniorenvorstand.

